

Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP): Gesellschaftliche Auswirkungen der digitalen Transformation in der Stadt Bern; Fristverlängerung

In der Stadtratssitzung vom 18. Januar 2024 wurde das folgende Postulat erheblich erklärt:

Digitale Transformation bedeutet viel mehr als nur eine technologische Entwicklung. Es handelt sich dabei um einen gesellschaftlichen Megatrend, der einen weitreichenden sozialen, ökonomischen, politischen und technologischen Wandel antreibt. Im Moment bestehen noch viele Unsicherheiten, und die Diskussion ist durch unterschiedliche Szenarien geprägt. Die zunehmende Durchdringung der digitalen Technologien beeinflusst neben der Arbeitswelt auch das gesellschaftliche und soziale Leben der Menschen. Es wird ein nachhaltiger Strukturwandel erwartet, der kaum einen Bereich des öffentlichen und privaten Lebens unberührt lassen wird. Die technologische Entwicklung legt nahe, dass die Produktivität gesteigert werden kann und dadurch Effizienzgewinne resultieren. Insbesondere die digitalen Kompetenzen der Bevölkerung, ein flächendeckender Internetzugang und eine gute Infrastruktur für den Datenverkehr werden als entscheidende wirtschaftliche Erfolgsfaktoren genannt¹. Mit dieser Entwicklung einhergehend werden Fragen des Datenschutzes und der persönlichen Freiheit des/der Einzelnen neu diskutiert und verhandelt werden müssen. Die Stadt Bern wird im Rahmen ihres Service Public Auftrags neue Aufgaben zu übernehmen haben, um einen chancengleichen Zugang aller Bürger/innen zu digitalen Infrastrukturen aber auch zur gesellschaftlichen Teilhabe gewährleisten zu können. Die öffentliche Hand wird vermehrt Anreize zur Investitionsbereitschaft schaffen und digitale Innovation fördern müssen. Zudem gilt es bei städtischen Dienstleistungen und im politischen Prozess zu berücksichtigen, dass ein Teil der Bevölkerung nicht smart unterwegs ist.

Unternehmen aber auch Arbeitnehmende werden ortsunabhängiger und global tätig sein, was eine neue Finanz- und Steuerpolitik bedingt. Neuen Arbeitsformen (z.B. Crowdfunding, Freelancer/innen) führen zu einer grösseren wirtschaftlichen Instabilität. Insbesondere im Rahmen des Übergangs kann die digitale Transformation neben Fachkräftemangel zu einer erhöhten Arbeitslosigkeit führen insbesondere bei weniger qualifizierten und älteren Arbeitskräften, aber auch bei Arbeitnehmenden, die in der Sachbearbeitung oder Verwaltung tätig sind. Ein Szenarium geht davon aus, dass eine grosse Masse von Arbeitslosen und prekariert Beschäftigten einer Elite von hochqualifizierten Digitalisierungsspezialist/innen gegenübersteht. Diese Spaltung der Gesellschaft bietet soziale Sprengkraft und wird die Stadt Bern vor ganz neue Herausforderungen stellen. Zudem dürfte diese Entwicklung erhöhte Sozialausgaben nach sich ziehen.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, aufzuzeigen bzw. zu prüfen:

1. Auf welchen Szenarien der Gemeinderat seine mittel- und langfristige Planung aufbaut und wie hoch nach dem gewählten Szenarium der Bevölkerungsanteil ist, der von negativen Folgen der digitalen Transformation betroffen sein könnte.
2. Welche sozial- und finanz-/steuerpolitische sowie gesellschaftliche Konsequenzen dies für die Stadt Bern bedeuten wird.
3. Welche Auswirkungen das vermutete soziale Auseinanderdriften der Bevölkerung auf die Stadt Bern haben wird und welche politischen Konsequenzen daraus gezogen werden müssen.
4. Welche Infrastrukturmassnahmen ergriffen werden müssen, um allen Bürger/innen der Stadt Bern einen chancengleichen Zugang zu Digitalisierungsinfrastrukturen zu garantieren und wie

¹ siehe dazu die Empfehlungen des Rats für Raumordnung.

die Stadt Bern mit der Tatsache umgehen wird, dass nicht alle Bürger/innen smart unterwegs sein werden.

Bern, 12. September 2019

Erstunterzeichnende: Bernadette Häfliger

Mitunterzeichnende: Bettina Stüssi, Szabolcs Mihalyi, Timur Akçasayar, Laura Binz, Ayse Turgul, Edith Siegenthaler, Fuat Köçer, Johannes Wartenweiler, Patrizia Mordini, Marieke Kruit, Lisa Witzig, Peter Marbet, Katharina Altas, Yasemin Cevik, Nora Krummen, Michael Sutter, Lena Sorg

Bericht des Gemeinderats

Das vorliegende Postulat vom 12. September 2019 wurde mit SRB 2024-22 vom 18. Januar 2024 durch den Stadtrat erheblich erklärt. Zwischen der Einreichung und dem im Januar 2025 erstellten vorliegenden Vortrag des Gemeinderats liegen fünf Jahre, was einem vollen Lebenszyklus von digitalen Lösungen entspricht. Namentlich die Bewältigung der Corona-Krise und das Cloud-Computing haben in den letzten Jahren einen umfassenden Digitalisierungsschub in der breiten Bevölkerung mit veränderten Lebens- und Arbeitsgewohnheiten ausgelöst. Ebenfalls massgeblich verändert hat sich die Situation am Arbeitsmarkt. Gemäss Monitoringbericht 2022 des Staatssekretariats für Wirtschaft veränderten sich Berufe und Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Digitalisierung laufend, ohne dass sich daraus negative Auswirkungen auf die Erwerbsbeteiligung oder die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse ergaben.

Das Postulat fordert in 4 Punkten den Gemeinderat auf, den Folgen der digitalen Transformation mit einer langfristigen Planung und strategischem Handeln entgegenzutreten. Für den Gemeinderat sind die aufgeworfenen Fragen wichtig. Er teilt die Auffassung, dass die umsichtige Steuerung und Gestaltung der digitalen Transformation eine zentrale Aufgabe ist. Langfristige Prognosen, Szenarien und Studien – wie sie im Postulat ausgeführt werden – haben sich in den vergangenen Jahren allerdings als wenig geeignete Entscheidungsgrundlage erwiesen. Die technologische Entwicklung schreitet derart rasch voran, dass verlässliche Langfristprognosen zu Risiken und Potentialen selbst in wissenschaftlichem Kontext nicht möglich sind. Dies lässt sich eindrücklich an der rasanten Entwicklung der künstlichen Intelligenz nachvollziehen.

Die digitale Entwicklung führt zu grossen Veränderungen in vielen Lebensbereichen. Gleichzeitig eröffnet sich der Gesellschaft dadurch ein grosses Verbesserungspotenzial. Der Gemeinderat will den digitalen Wandel in der Stadt Bern so gestalten, dass dauerhafter Mehrwert für die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Mitarbeitenden entsteht.

Mit der Digitalstrategie 2030 der Stadt Bern will der Gemeinderat den digitalen Wandel in seinem Einflussbereich verantwortungsvoll mitgestalten und die neuen Technologien in den Dienst eines leistungsstarken digitalen Service public stellen. Damit für die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung ein Mehrwert entsteht, gilt es, die dafür nötigen Strukturen und Voraussetzungen zu schaffen. Diese Aufgabe lässt sich nur mit einer gesamtheitlichen Sicht lösen. Die Arbeiten zur Digitalstrategie 2030 sind weit fortgeschritten und sollen 2025 abgeschlossen werden.

Mit der Digitalstrategie 2030 der Stadt Bern wird der Gemeinderat differenziert auf die Kernanliegen des Postulats eingehen können. Er beantragt deshalb eine Fristverlängerung um ein Jahr.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP): Gesellschaftliche Auswirkungen der digitalen Transformation in der Stadt Bern; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 31. Januar 2026 zu.

Bern, 15. Januar 2025

Der Gemeinderat